

Statement Birte Kötter Vorstandssprecherin terre des hommes

Pressekonferenz zur Vorstellung des *Kompass 2021*

19. Mai 2021

»Kinderrechte in der Entwicklungspolitik stärken«

1. Corona-Pandemie und ihre Folgen

Bei der Vorstellung unseres *Kompass 2020* vor genau einem Jahr haben wir unter dem Eindruck der ersten Corona-Welle und ihrer Auswirkungen auf Millionen Kinder die Corona-Krise das »Gesicht von Hunger, Armut und dem Ende von Bildungschancen« bezeichnet. Im Moment erleben wir die nächste Welle der Pandemie und ihre offenbar noch verheerenderen Folgen. Die Zahl der Kinder, die in extremer Armut leben, ist nach Angaben der Vereinten Nationen um etwa 150 Millionen auf 725 Millionen Mädchen und Jungen gestiegen. 2020 gab es Lockdowns in fast allen Ländern der Erde, davon waren 1,6 Milliarden Schulkinder betroffen, für 370 Millionen Kinder fallen dadurch kostenlose Schulspeisungen aus, ob sie je alle wieder zur Schule zurückkehren können ist ungewiss. Hunger und Krankheiten, aber auch Migration und Vereinsamung von Kindern auf der Straße sind die Konsequenz.

Zum Beispiel Indien: Die Menschen brauchen dringend humanitäre Hilfslieferungen wie Impfstoffdosen und Sauerstoffanlagen, aber auch einen solidarischen Umgang mit wissenschaftlichen Forschungsergebnissen und Technologien zur Pandemiebekämpfung. Die Diese dürfen nicht den reichen Ländern

vorbehalten bleiben, sondern müssen im Interesse der Zukunft von Kindern als öffentliches Gemeingut betrachtet werden.

Patentschutz, der dem entgegensteht, muss für die Dauer der Pandemie aufgehoben werden. Wir dürfen die Kinder und ihre Zukunftschancen nicht aus dem Blick verlieren – es droht eine Katastrophe der Kinderrechte, das heißt eine Katastrophe für Kinder!

2. Zivilgesellschaftliches Engagement von Kindern für ihre Zukunft

Ein weiterer Aspekt, der sich unter der Pandemie verschärft, ist die Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume. Diese beobachten wir seit Jahren in vielen unserer Partnerländer. Hinter dem hierfür üblichen Begriff der »Shrinking Spaces« verbirgt sich, dass Grundrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit verweigert werden, Menschenrechtsaktivist*innen und politische Oppositionelle verfolgt, inhaftiert oder sogar liquidiert werden. 2019 lebten gerade einmal drei Prozent der Weltbevölkerung in Ländern, in denen Pressefreiheit und andere demokratische Grundrechte nicht eingeschränkt sind. Leider zeigt sich, dass die Lage für die diejenigen, die sich für Umwelt- und Landrechte einsetzen, besonders dramatisch ist. Nach Angaben des im Juli 2020 veröffentlichten Jahresbericht von „Global Witness“ wurden noch nie in einem einzigen Jahr so viele Umwelt- und Landrechtsverteidiger ermordet wie 2019: 212 Menschen mussten sterben, weil sie sich auf friedlichem Weg für ihr Land und die Umwelt einsetzen, gegen umweltzerstörerische und klimabedrohende große Infrastrukturprojekte, Minen und agrarindustrielle Monokulturen kämpften.

Zivilgesellschaftliches Engagement ist gleichwohl unverzichtbar, wenn es zum Beispiel um den Einsatz für Klimagerechtigkeit geht. Gerade Kinder und Jugendliche haben den allergrößten Anlass, sich

für ihre Rechte und ihre Zukunftsperspektiven einzusetzen - nicht nur, weil sie überproportional von Armut betroffen sind und körperlich und psychisch verletzlicher und abhängiger von Schutz und Versorgung sind, sondern weil nichts weniger als ihre Zukunft von den politischen Entscheidungen und Weichenstellungen der Weltgemeinschaft abhängig ist.

Besonders die Auswirkungen des Klimawandels treffen Kinder hart: sie befinden sich noch in der Entwicklung und können klimabedingten Belastungen weniger entgegensetzen.

Die Lebenschancen eines Kindes, das heute zur Welt kommt, sind maßgeblich vom Klimawandel mitbestimmt: Die Vereinten Nationen schätzen, dass allein 500 Millionen Kinder in Gebieten mit hohem Hochwasserrisiko leben. 115 Millionen Kinder sind den Folgen tropischer Wirbelstürme ausgesetzt, und fast 160 Millionen Kinder wohnen an Orten, die von extremer Dürre bedroht sind.

Für die Zeit zwischen 2030 und 2050 geht die Weltgesundheitsorganisation von zusätzlichen 48.000 Todesfällen bei Kindern pro Jahr aus.

Die Klimastreiks der Jugendlichen in vielen Ländern, der Einsatz von jungen Menschen gegen die Vergiftung ihrer Lebensader, des Mekongs, in Thailand, Jugendliche, die sich in Sambia gegen das offene Verbrennen von Müll und Plastik wenden oder in den abgelegenen und kargen Ausläufern des Himalayas für um die Anpflanzung von Bäumen kümmern - sie alle haben eines gemeinsam: sie sind Teil einer globalen Umweltbewegung der jungen Generation.

Ihre Aktivitäten sind eine Reaktion auf die Apathie der Entscheidungsträger*innen in Politik und Gesellschaft angesichts einer sich dramatisch verschärfenden Klima- und Umweltkrise und der damit verbundenen Ungerechtigkeiten.

3. Unsere Forderungen an die Bundesregierung:

I.

Nachhaltige Entwicklung und Kinderrechte sind untrennbar miteinander verbunden. Anpassungsstrategien an die Auswirkungen des Klimawandels müssen in den Mittelpunkt auch der deutschen Entwicklungspolitik rücken.

Die nächste internationale Gelegenheit, politische Weichen zu stellen, besteht in Glasgow, wo im November die 26. Konferenz der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention stattfindet. Die Bundesregierung sollte dort die Gelegenheit nutzen und ihren Anteil an der internationalen Klimafinanzierung und insbesondere der Anpassungsfinanzierung deutlich erhöhen.

II.

Kinder haben das Recht, in einer gesunden Umwelt aufzuwachsen. Erfolgreiche Politik muss darauf zielen, ihnen dies zu ermöglichen. Sie muss die Kreativität und den beeindruckenden Handlungswillen von Kindern und Jugendlichen für sich nutzen.

Bislang spielen Kinder in nationalen Klimapolitiken, -strategien und -plänen vieler Länder keine große Rolle. Die im Dezember 2019 auf der Weltklimakonferenz in Madrid verabschiedete Erklärung über Kinder, Jugendliche und Klimaschutz soll dies ändern. Sie enthält sieben zentrale Kernverpflichtungen für Regierungen, darunter die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen Prozessen des Klimaschutzes. Die Bundesregierung sollte die Erklärung unbedingt unterzeichnen und die Verpflichtungen umsetzen.

III.

Kinder haben gemäß Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf Beteiligung. Beteiligung ist gleichzeitig ein wichtiges Mittel, um Demokratiefähigkeit und friedliche Konfliktbewältigung zu lernen. Darum sollten Kinder und Jugendliche auch in der Entwicklungszusammenarbeit verbindlich einbezogen werden,

wenn es um die Umsetzung von Vorhaben geht, die konkrete Auswirkungen auf ihre Situation haben.

Die Bundesregierung sollte deshalb im Rahmen des Politikdialogs bei den Empfängerländern darauf drängen, dass Menschenrechte und damit auch Kinderrechte eingehalten werden und Handlungsspielräume für zivilgesellschaftliche Organisationen bestehen. Das BMZ sollte eine kohärente und kinderrechtlich basierte Gesamtstrategie erarbeiten und umsetzen. Kinderrechte müssen in allen Handlungsfeldern systematisch mitgedacht werden.